

FRÄNKISCHE NACHRICHTEN

WIDERSTANDSFÄHIG

Lionel Messi dreht auf und zeigt mit Argentinien Titelreife ► **Sport**

TAUBERBISCHOFSHAIM

FILMGENUSS UNTER FREIEM HIMMEL

Benefiz-Open-Air-Kino der Rotarier findet vom 22. bis 26. Juli auf dem Schlossplatz statt ► **Lokales**

DONNERSTAG, 9. JULI 2026 · NR. 155

FNWEB.DE

B 2917 · PREIS: 3,40 €



Umfrage: Sparen und verschlanken

Baden-Württemberg muss sparen, die Verwaltung verschlanken sowie kleinere Kommunen zusammenlegen – das sind einige Ergebnisse der aktuellen Meinungsumfrage BaWü-Check.

► Bericht Südwest

BILD: IMAGO

DAS WETTER



Donnerstag
28/16° C
Mehr Sonne
als Wolken



Freitag
31/16° C
Mehr Sonne
als Wolken



Samstag
31/17° C
Sonnig

Bürgerstiftung für Kilsheim geplant

Förderung: Unterstützung
gemeinnütziger Vorhaben.

Kilsheim. Knappe Kassen, steigende Anforderungen und gleichzeitig ein großes ehrenamtliches Engagement – viele Kommunen stehen vor der Frage, wie sich wichtige Projekte auch künftig verwirklichen lassen. Kilsheim will dafür nun einen neuen Weg einschlagen. Mit einer Bürgerstiftung soll künftig dauerhaft Geld für gemeinnützige Vorhaben in der Kernstadt und den Stadtteilen bereitgestellt werden. Der Gemeinderat sprach sich einstimmig dafür aus, die Gründung der „Bürgerstiftung Kilsheim“ auf den Weg zu bringen. Gefördert werden könnten künftig etwa Projekte aus den Bereichen Kultur, Jugendarbeit, Bildung, Wohlfahrtspflege sowie Natur- und Umweltschutz. Auch das Ehrenamt soll profitieren. Anders als bei klassischen Förderprogrammen bleibt das Stiftungskapital dauerhaft erhalten. Für die Unterstützung von Projekten werden nur Erträge des Vermögens verwendet.

► Bericht Lokales

Washington/Teheran. US-Präsident Donald Trump hat die Waffenruhe mit dem Iran offen infrage gestellt und Zweifel an einer Fortsetzung der Verhandlungen geäußert. „Ich denke, es ist vorbei. Ich will nichts mehr mit ihnen zu tun haben. Sie sind Abschaum“, sagte Trump am Rande des Natogipfels. Zugleich erklärte er, seine Unterhändler könnten die Gespräche fortsetzen, wenn sie dies wünschten. Trump drohte der iranischen Führung außerdem mit einem großen Angriff in der folgenden Nacht sowie einer neuen Seeblockade von Schiffen, die iranische Häfen anlaufen oder verlassen. Alle anderen Schiffe könnten passieren.

Auslöser der jüngsten Eskalation waren Trump zufolge iranische Angriffe auf drei Tanker in der Straße von Hormus. Als Reaktion griff das

US-Militär seit Mittwochnacht (Ortszeit) Dutzende Ziele im Iran an. Zudem setzen die USA Sanktionen auf iranisches Öl wieder in Kraft. Irans Streitkräfte beschossen daraufhin US-Ziele in den mit Washington verbündeten Golfstaaten Kuwait und Bahrain. Als eine Folge der Eskalation zogen die Ölpreise wieder an.

Explosionen in mehreren Provinzen an iranischer Küste

Das US-Militär bombardierte nach eigenen Angaben mehr als 80 Ziele im Iran, unter anderem Luftabwehrsysteme, Schiffsabwehrraketen sowie mehr als 60 Boote der Revolutionsgarden in oder nahe der Straße von Hormus. Weitere Ziele waren Radaranlagen, die Trump zufolge gerade erst wieder aufgebaut worden waren. Iranische Medien be-

richteten von Explosionen in mehreren Provinzen an der Südküste. Mindestens ein Soldat der iranischen Flugabwehr wurde getötet.

Irans Revolutionsgarden, die Elitestreitmacht der Islamischen Republik, teilten daraufhin nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Irna mit, ihrerseits 85 Ziele in US-Militäreinrichtungen attackiert zu haben, darunter im Bereich der fünften US-Flotte vor Bahrain sowie auf dem Luftwaffenstützpunkt Ali Al Salem in Kuwait.

Auf die Frage, ob seine Aussagen nun bedeuteten, dass Gespräche mit dem Iran nicht wieder aufgenommen würden, sagte Trump: „Das ist mir egal. Sie können reden, aber ich glaube, sie verschwenden ihre Zeit.“ Trump fügte hinzu: „Wenn wir ein Abkommen mit dem Iran schließen,

glaube ich nicht, dass es Bestand haben würde. Das sind unehrliche Leute.“

Kein neuer Termin für Gespräche bekannt

Vertreter aus Washington und Teheran hatten sich Mitte Juni auf ein Rahmenabkommen verständigt. Es sollte eine 60-tägige Verhandlungsphase ermöglichen und den Weg zu einer dauerhaften Beilegung des Konflikts ebnen. Nach den jüngsten Kämpfen ist unklar, ob dieser Zeitplan noch Bestand hat.

Irans Nachbarland Pakistan hatte zwischen Teheran und Washington vermittelt. Gut informierte Kreise in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad wiesen am Mittwoch kurz vor Trumps Aussagen in Ankara noch Sorgen zurück, die jüngste Es-

kalation könne den Verhandlungsprozess gefährden. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron mahnte am Rande des Natogipfels „viel Gelassenheit, Besonnenheit und Geduld“ an. Man befände sich weiter in der gesetzten Frist von 60 Tagen für Verhandlungen zwischen den USA und dem Iran.

Die erneute Eskalation erfolgte während der andauernden Trauerfeiern für Irans getötetes Staatsoberhaupt Ajatollah Ali Chamenei, der am Donnerstag in seiner Heimatstadt Maschhad beigesetzt werden soll. Die Streitkräfte der Islamischen Republik hatten ihren Feinden vor den Trauerfeierlichkeiten bereits gedroht. Zudem hatte Teheran wiederholt erklärt, nur eine vom Iran vorgegebene Route durch die Straße von Hormus sei sicher.

dpa

Öfter sonntags geöffnet?

Umfrage: Hälfte lehnt
Lockerung der Zeiten ab.

Köln/Berlin. Deutschland ist gespalten in der Frage, ob Geschäfte sonntags öfter öffnen sollten. 43 Prozent der Menschen würden dies „auf jeden Fall“ oder „eher“ befürworten, 50 Prozent lehnen es hingegen ab. 6 Prozent machten keine Angabe. Das zeigt eine repräsentative YouGov-Befragung mit 4.022 Teilnehmern ab 18 Jahren. Jüngere und Männer stehen einer Lockerung der Sonntagsöffnungen demnach offener gegenüber als Ältere und Frauen. Die Handelsverbände werben schon seit längerem dafür, Geschäfte öfter und flexibler sonntags öffnen zu dürfen. Die Gewerkschaft Verdi lehnt eine Lockerung der Regelungen ab. Längere Öffnungszeiten brächten weder mehr Umsatz noch lebendigere Innenstädte.

dpa

Keine Mehrheit für Verschieben

Bundestag: Abstimmung über Gesundheits-Sparpaket soll wie geplant am Freitag erfolgen.

Berlin. Der Bundestag hat ein Verschieben der Abstimmung über das Sparpaket für stabile Krankenkassenbeiträge mit der Mehrheit der schwarz-roten Koalition abgelehnt. Grüne und Linke hatten zuvor beantragt, die für diesen Freitag geplante zweite und dritte Lesung des Gesetzesentwurfs von Gesundheitsministerin Nina Warken (CDU) von der Tagesordnung abzusetzen.

Grünen-Fraktionsgeschäftsführerin Irene Mihalic warf der Koalition angesichts vieler kurzfristig übermittelter Änderungen ein chaotisches Vorgehen vor, das keine ordentliche Beratung darstelle. „Niemand kann seriös beurteilen, wie sich alle diese Änderungen auswirken werden.“ Der Grünen-Fachpolitiker Janosch Dahmen hatte mitgeteilt, das Bundesverfassungsgericht deshalb einzuschalten. Unions-Fraktionsgeschäftsführer Steffen Bilger (CDU)



Blick in den Plenarsaal des Bundestags.

BILD: MICHAEL KAPPELER/DPA

verwies darauf, dass die Pläne vor 70 Tagen vom Kabinett auf den Weg gebracht und Änderungen am Montag an den Ausschuss verteilt worden seien. Das sei normales parlamentarisches Geschäft. Die tatsächlichen Änderungen beträfen nur bestimm-

te Stellen. Das Sparpaket soll die gesetzlichen Krankenkassen 2027 von stark steigenden Milliarden-Ausgaben entlasten, um Beitragserhöhungen zu verhindern.

dpa

► Bericht Politik

Rüstungsdeals angekündigt

Nato: Staaten wollen in
Verteidigung investieren.

Ankara. Die Nato-Staaten haben bei ihrem Gipfeltreffen neue Rüstungsverträge im Umfang von „mehr als 50 Milliarden US-Dollar“ (mehr als 43 Mrd. Euro) angekündigt. In der Abschlusserklärung heißt es, man verpflichte sich dazu, die gemeinsamen Produktionskapazitäten auszubauen und mit der Industrie zusammenzuarbeiten, um Innovationen zu beschleunigen. Die Investitionen sollen dazu beitragen, der langfristigen Bedrohung entgegenzutreten, die Russland für die euroatlantische Sicherheit und Stabilität darstelle. Nato-Generalsekretär Mark Rutte hatte zuvor zu einer „Revolution“ in der transatlantischen Verteidigungsindustrie aufgerufen.

dpa

► Bericht Politik

Kokain wohl der Auslöser

Kriminalität: Motiv für Tötung
von Mutter bleibt offen.

Eberbach. Nachdem ein 19-Jähriger in Eberbach seine Mutter und anschließend sich selbst getötet hat, bleibt das Motiv unaufgeklärt. Zum Abschluss der Ermittlungen teilte die Heidelberger Staatsanwaltschaft mit, dass auch ein psychiatrischer Sachverständiger die genauen Hintergründe der Tat nicht herausfinden konnte. Der Gutachter gehe aber davon aus, dass Kokainkonsum den jungen Mann zur Tötung seiner Mutter bewegt haben könnte. Zwischen beiden habe zuvor eine „harmonische Beziehung“ bestanden. Nach dem Tötungsdelikt im September 2025 war der 19-Jährige mit einem Auto gegen einen Brückenpfeiler in Waibstadt gefahren.

jei

► Bericht Main-Neckar